Besprechungen

Hans Peter Bull
Netzpolitik
Freiheit und Rechtsschutz im Internet
Baden-Baden: Nomos 2013. – 154 S.
ISBN 978-3-8487-0130-8

Lutz Hachmeister / Dieter Anschlag (Hrsg.)
Rundfunkpolitik und Netzpolitik
Strukturwandel der Medienpolitik in Deutschland
Köln: Herbert von Halem 2013. – 340 S.
(Edition Medienpraxis, 10)
ISBN 978-3-86962-081-7

Netzpolitik hat in den letzten Jahren einen Institutionalisierungsschub in Form von Beratungsrunden, Parteibeschlüssen und Tagungen erlebt. Beide Bände sind Ausdruck der gewachsenen Bedeutung dieses fragmentierten und ambivalenten Politikfelds; fragmentiert und ambivalent hinsichtlich der Regulierungsgegenstände, der politisch-administrativen Zuständigkeiten und sich teilweise überlagernden Regulierungstraditionen und der unterschiedlichen Normen, die im Diskurs aufeinandertreffen. Beide Bände beschäftigen sich aus verschiedenen Perspektiven mit Netzpolitik. Lutz Hachmeister und Dieter Anschlag geht es in erster Linie um die Folgen, die die mit dem Internet einhergehenden technischen, politischen, kulturellen und ökonomischen Entwicklungen für die Strukturen der Medienpolitik haben. Der Jurist Hans Peter Bull interessiert sich in erster Linie für die Möglichkeiten, die das Recht in der digitalen Welt (noch) hat.

Der Band von Lutz Hachmeister und Dieter Anschlag ist aus einer Debatte entstanden, die in der Zeitschrift *Funkkorrespondenz* geführt wurde und um weitere Beiträge ergänzt wurde. Die 25 Essays stammen von den zentralen Akteuren der Medienpolitik: Intendanten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, Medienmanagern, Vertretern der Rundfunkaufsicht, Politikern, Wissenschaftlern und Journalisten. Einige dieser Autoren, und dazu gehört der Auftaktartikel von Lutz Hachmeister und Thomas Vesting, haben sich darauf konzentriert, die Organisationen und Verfahren der Medienpolitik zu kritisieren. Andere haben Lösungsvorschläge entwickelt, die sicherlich unterschiedlich zu bewerten sind, aber in der Diskussion immerhin einen Schritt weitergehen: etwa die Grüne Tabea Rössner, die einen Medien- und Kommunikationsrat als zentrale Anlaufstelle der Medienregulierung vorschlägt, oder Leonard Novy, der sich für eine Stiftung Journalismus stark macht. Manche Autoren haben gut fundierte Argumentationslinien entwickelt, andere bleiben mit ihrer Analyse an der Oberfläche. Die Stärke dieses Autorenmix ist, dass – ganz dem Multi-Stakeholder-Modell folgend – das Spektrum und die Ambivalenzen der aktuellen medienpolitischen Positionen und Interessenskonstellationen sichtbar werden – neben den Regulierern eben auch die Sicht der von der Regulierung Betroffenen. Die Gefahr eines solchen Bandes ist immer, dass er lediglich als weiteres Forum zur Artikulation längst bekannter Standpunkte und rhetorischer Tricks genutzt wird. Zum Glück bleibt die Zahl der PR-Beiträge überschaubar, die man so oder ähnlich schon gelesen hat (etwa Markus Schächter, Lutz Marmor).

Die Beiträge thematisieren die zentralen Strukturprobleme der Medienpolitik (Aufgaben, Instrumente und Organisationsform der Landesmedienanstalten, Fragmentierung der staatlichen Kompetenzen, Partizipation der Zivilgesellschaft) sowie Policy-Themen (etwa Jugendschutz, Leistungsschutzrecht, die Rolle der Öffentlich-Rechtlichen im Internet, Rundfunkbegriff). So wichtig der Fokus auf organisatorisch-institutionelle Strukturen auch ist: Müsste nicht zuerst über Ziele und Werte in der Medienregulierung nachgedacht werden, bevor neue Verfahren und Instrumente diskutiert werden? Vielleicht ist diese Politikvorstellung zu idealistisch, aber sollten sich Regulierungsstrukturen nicht aus Leitprinzipien ableiten? Wie sieht eine wünschenswerte Medienordnung der Zukunft aus und welche der klassischen Leitideen können noch Orientierung geben? Dazu liefert dieser Band wenig oder nur am Rande. Thomas Fuchs' Aufsatz, der Auffindbarkeit als neues Paradigma der Medienregulierung postuliert, ist hier ebenso ein Sonderfall wie die Beiträge von Karl-Heinz Ladeur und Norbert Schneider, die mit Vielfalt und dem Spagat zwischen Privatsphäre und Öffentlichkeit ebenfalls die normative Dimension thematisieren.

Eine Einführung, die solche Grenzen, aber auch die Leistungen des Bandes reflektiert, fehlt leider. Auffällig ist auch die fast exklusive Beschäftigung mit Deutschland (Ausnahme: der Beitrag von Steve Hewlett zur britischen Fernsehproduktionslandschaft). Auch wenn die Entwicklungen auf EU- und internationaler Ebene ein mindestens ebenso wichtiges Moment des Strukturwandels sind, macht es Sinn,

https://doi.org/10.5771/1615-634x-2014-3-459 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Medienpolitik im nationalen Rahmen zu diskutieren: wegen historisch gewachsener Merkmale und weil der Nationalstaat trotz aller grenzüberschreitender Internetinfrastruktur ein zentraler Akteur bleibt (wie die globale Internet Governance zeigt).

Der Band beleuchtet den Umbruch der Medienpolitik aus vielen Perspektiven, und das in einigen Fällen sogar unterhaltsam, etwa wenn Wolfgang Blau die Urheber- und Leistungsschutzdebatte mithilfe von Buchdruck, Eisenbahn und Elektrizität einordnet. Alle Autoren sind sich einig, dass es einen rasanten Wandel gibt, ziehen aber unterschiedliche Schlüsse für die Medienpolitik der Zukunft. Das macht den Band zu einer unverzichtbaren Grundlage für alle Leser, die sich einen Überblick über die Debatte der letzten Jahre verschaffen wollen.

Hans Peter Bulls Buch ist eine Publikation des Deutschen Instituts für Vertrauen und Sicherheit im Internet, gegründet von der Deutschen Post. Der Autor war Bundesbeauftragter für Datenschutz sowie Innenminister Schleswig-Holsteins. Ihm geht es anders als Hachmeister und Vesting nicht primär um die Regulierung öffentlicher Kommunikation, sondern in einem weiteren Sinne um das Agieren im und mit dem Internet im Spannungsfeld von Sicherheit und Freiheit. Die „Ängste und Sorgen" der Menschen bilden dabei seinen Ausgangspunkt, denen er mit „Risikoanalysen" und Lösungshinweisen begegnen möchte. Damit ist die Argumentationskette schon vorgezeichnet. Den Gefahren im Internet ist nur mit rechtlichen Sanktionen zu begegnen. Bull macht sich für die Rolle des Staates stark und wirbt um Vertrauen in Regulierungs- und Ermittlungsinstitutionen. Trotz seiner klaren Position versäumt er es nicht, auch alternative Regelungsmöglichkeiten (Selbst- und Co-Regulierung) zu diskutieren. Die zum Teil subjektiven und mitunter polemisch stark zugespitzten Bewertungen machen das Buch zu einem meinungsstarken Beitrag in der politisch-gesellschaftlichen Debatte.

Maria Löblich

Ulrike Ackermann (Hrsg.)

Im Sog des Internets

Öffentlichkeit und Privatheit im digitalen Zeitalter.

Frankfurt am Main: Humanities Online 2013. – 197 S.

ISBN 978-3-941743-35-9

Wer sich mit dem aktuellen Ringen um eine Begründung von Privatheit vor dem Hintergrund medientechnischer Entwicklungen beschäftigt, der findet in diesem Sammelband vielfältige Anregungen und Argumente. Die insgesamt acht Beiträge vereint ein Aufklärungsgedanke, der bereits in der Einleitung deutlich ausgesprochen wird: Ziel ist, das „Bewusstsein für die Möglichkeit digitaler Selbstbestimmung und Mündigkeit zu schärfen" (S. 13). Das Buch versteht sich als Ergebnisdokumentation des Forschungsprojekts „Öffentlichkeit und Privatheit", aber auch Ergebnisse anderer Projekte werden aufgegriffen. Insgesamt entsteht dadurch ein kaleidoskopisches Bild des Privatheitsdiskurses, wenn auch unter Aussparung öffentlichkeitsspezifischer und sozialpsychologischer Themen.

Der erste Beitrag von Max-Otto Baumann widmet sich der Frage, wie der politische Diskurs über Privatheit im Hinblick auf soziale Netzwerkseiten geführt wird. Auf Grundlage einer Inhaltsanalyse von parlamentarischen Dokumenten aus den Jahren 2009 bis 2012 werden diskursive Rahmen und politische Maßnahmenforderungen identifiziert. Diese lassen sich einerseits einer regulierungsskeptischen Seite, die insbesondere von der Bundesregierung vertreten wurde, sowie andererseits einer regulierungsfreudigen Seite, vor allem in der Opposition zu finden, zuordnen. Baumann leitet ein mangelndes Interesse des Staates an Regulierung ab, da diese ihn immer auch selbst trifft, und bezweifelt mithin die Möglichkeit einer Selbstregulierung durch Wirtschaft oder Politik. Er spricht sich dennoch für einen starken Datenschutz aus: „Das macht den Datenschutz zu einer zentralen gegenwärtigen Herausforderung des Liberalismus, die weit über die Sozialen Netzwerke hinausreicht" (S. 49). Mit den am Datenschutz beteiligten Akteuren beschäftigen sich noch weitere Aufsätze. So versucht Hans Jörg Schmidt die Perspektive des Facebook-Gründers Mark Zuckerberg auf Privatheit zu rekonstruieren. Demnach sehe sich Facebook nicht als Auslöser, sondern als Begleiter eines sozialen Wandlungsprozesses. Carsten Ochs kontrastiert die mittels Gruppendiskussionen erhobenen Erwartungen von Nutzern mit der Praxis einer Profilbildung beispielsweise durch Werbetreibende. Daran anschließend konstatiert Ochs eine Verletzung der Privatsphäre durch den Einsatz von Cookies, da die Erwartungen der Nutzer inkompatibel mit den tatsächlichen Abläufen seien. Selbst eine in Lernprozessen erhöhte Handlungskompetenz von Nutzern würde dem nicht begegnen können, da ein „Wettrüsten" zwischen Nutzern und Anbietern stattfinde.

https://doi.org/10.5771/1615-634x-2014-3-459 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY